

## Niederschrift

über die 39. Sitzung der Stadtvertretung am Donnerstag, 16. Mai 2019  
(mit nichtöffentlichem Teil)

---

Beginn: 15:00 Uhr  
Ende: 20:20 Uhr

Unterbrechungen: 17:50 Uhr bis 18:10 Uhr

Anwesenheit: Soll: 41 Mitglieder der Stadtvertretung  
Ist: 35 Mitglieder der Stadtvertretung  
85,37 %

Entschuldigt fehlten: Ratsherr Jens Blasewitz (fraktionslos)  
Ratsherr Nicola D´Aniello (CDU)  
Ratsherr Toni Jaschinski (DIE LINKE)  
Ratsherr Günter Jeschke (CDU)  
Ratsherr Jan Kuhnert (DIE LINKE)  
Ratsherr Thomas Schröder (DIE LINKE)

Unentschuldigt  
fehlten: /

Anwesenheit des Oberbürgermeisters und der Stellvertreter:

Herr Witt, Oberbürgermeister  
Herr Modemann, Beigeordneter und 1. Stellvertreter  
Frau Renger, 2. Stellvertreterin

### 1 Eröffnung und Begrüßung

Die Stadtpräsidentin, Ratsfrau Parlow, eröffnet die 39. Sitzung der Stadtvertretung und begrüßt die Mitglieder der Stadtvertretung und die anwesenden Gäste.

Anlässlich des Ablebens der Landtagspräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern, Sylvia Bretschneider, bittet Ratsfrau Parlow alle Anwesenden sich von ihren Plätzen zu erheben, um zur Ehrung ihrer Person für eine Schweigeminute innezuhalten.

### 2 Einwohnerfragestunde

Die Stadtpräsidentin, Ratsfrau Parlow, weist darauf hin, dass entsprechend der Geschäftsordnung der Stadtvertretung die gesamte Sitzung aufgezeichnet wird und bittet, bei Wortmeldungen eines der Mikrofone im Saal zu benutzen.  
Da es keine Wortmeldungen gibt, schließt Ratsfrau Parlow die Einwohnerfragestunde.

- 3 Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Die Stadtpräsidentin, Ratsfrau Parlow, stellt die ordnungsgemäße Einladung fest (Postausgang per E-Mail am 7. Mai 2019).

Die Anwesenheitsmehrheit wird festgestellt und die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

- 4 Beschluss über die Niederschrift der 38. Sitzung der Stadtvertretung am 21. März 2019

Abstimmung: Die Niederschrift wird mehrheitlich beschlossen.

- 5 Aussprache zum vorliegenden Bericht des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt

VI/1161 Informationsvorlage  
Bericht des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt  
Einreicher: Oberbürgermeister

Ratsfrau Bittkau (SPD) möchte wissen, ob sich bisweilen eine/n Schwimmmeister/in für das Strandbad Broda gefunden hat.

Herr Modemann, Beigeordneter und 1. Stellvertreter, merkt an, dass diese Stelle noch in der Ausschreibung ist und alles Mögliche getan wird.

Die Frage der Stadtpräsidentin, Ratsfrau Parlow, ob das Sanitärgebäude am Brodaer Strand genutzt werden kann, wird durch Herrn Modemann bejaht.

Die Mitglieder der Stadtvertretung nehmen den Bericht des Oberbürgermeisters zur Kenntnis.

- 6 Informationen, Mitteilungen und Anfragen (öffentlich)

Ratsherr Dr. Kirchhefer (B90/Grüne\_Piraten) bezieht sich auf die von ihm gestellte Frage in der letzten Stadtvertretung bezüglich der Rotlichtverstöße, welche ausführlich beantwortet wurde. Jedoch regt er eine tatsächliche Erhebung von Rotlichtverstößen an. Weiterhin geht er auf die Verkehrssicherheit für Radfahrende im Bereich der Baustelle der Umgehungsstraße ein. Wiederholt hatte er darauf hingewiesen, dass der Radweg in der Woldegker Straße in Richtung Oststadt abrupt endet. Nun wurde auf der gegenüberliegenden Straßenseite eine Baustelle eingerichtet zur Verbindungsstraße in die Ihlenfelder Vorstadt, wo der kombinierte Fuß- und Radweg gesperrt ist. Für die Fußgänger ist eine Umleitung ausgeschildert, aber für Radfahrende nicht. Grundsätzlich regt er an, dass sich jemand in der Stadtverwaltung konsequent mit dem Thema Baustellen und den Umgang mit Einrichtungen von Baustellen beschäftigt, auch mit Hinblick auf Fußgänger und Radfahrende.

Herr Modemann, Beigeordneter und 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters, merkt an, dass bezüglich der roten Ampeln Kontakt mit der Polizei aufgenommen und angefragt wird, ob verstärkt Sichtkontrollen erfolgen können. Weiterhin wird dieses Thema mit in die Verkehrssicherheitskommission genommen. Der Hinweis auf die Baustellen und die Radfahrenden wird mitgenommen.

Ratsherr Messner (CDU) fragt, ob hinsichtlich der Countdown-Ampeln schon ein Ergebnis vorliegt. Des Weiteren möchte er wissen, ob es für das Zuwachsen des Schwanenteiches

schon ein Verfahrensweg gibt.

Zu den Countdown-Ampeln laufen bislang die Gespräche, zu denen es noch kein Ergebnis gibt, so Herr Modemann.

Herr Witt, Oberbürgermeister, teilt die Meinung von Ratsherrn Messner zum Zustand des Schwanenteiches. Es wurden diesbezüglich schon Investitionsmittel eingestellt, welche aber nicht oben auf der Prioritätenliste stehen. Im Zuge der Haushaltsplanung könne noch einmal intensiv darüber diskutiert werden, ob der Sanierung des Schwanenteiches eine höhere Priorität eingeräumt werden soll, um nicht nur die Optik, sondern auch die Funktion des Teiches wiederherzustellen.

Ratsfrau Dr. Kuhk (CDU) schließt sich den Ausführungen von Ratsherrn Dr. Kirchhefer an. Sie merkt an, dass gerade auch Zufußgehende einen unzumutbaren Umweg im Bereich Oststadt zur Ihlenfelder Vorstadt in Kauf nehmen müssen.

Die Stadtverwaltung wird sich der Problematik annehmen, so die Stadtpräsidentin, Ratsfrau Parlow.

Herr Witt

- berichtet über den aktuellen Stand des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) und der erfreulichen Entwicklung, dass die Stadt Neubrandenburg mehr FAG-Mittel zugewiesen bekommen soll.
- zeigt anhand des Berichts des Oberbürgermeisters den aktuellen Stand des Kassenkredites auf und dass dieser unter die 50 Mio. Euro-Grenze gelangt ist.
- spricht zum Sachstand der energetischen Sanierung des Rathauses. Am 29. April waren Herr Witt und Frau Kriegler im Ministerium. Es ist alles auf einem guten Weg, die ersten Ausschreibungen wurden vorgenommen, worauf zurückhaltende Reaktionen der Unternehmen zu verzeichnen waren. Trotz alledem werden die entsprechenden Unterlagen auf Ebene des Ministeriums und der Stadtverwaltung Neubrandenburg ausgetauscht, sodass mit den erforderlichen Genehmigungen im Juli 2019 gerechnet werden kann. Dem entsprechend kann der Baustart nach der konstituierenden Sitzung gemeinsam mit den Stadtvertreterinnen und Stadtvertretern begangen werden. Die Projektleitung obliegt Frau Janine Kriegler. Im Zuge dessen dankt er Frau Kriegler, dem Fachbereich 2 sowie dem Eigenbetrieb Immobilienmanagement.
- spricht die Oberbürgermeisterkonferenz in der vergangenen Woche in Weimar an. Zwei Themen möchte er den Stadtvertreterinnen und Stadtvertretern nahelegen:
  - Herausforderung für die lokale Demokratie
  - Grundsteuer.
- hat ein Schreiben des Bundeswirtschaftsministers erhalten. Den Medien konnte entnommen werden, dass es im Jahnviertel eine Filiale der Bundesnetzagentur gibt. Ursprünglich war die Schließung der Filiale vorgesehen, was durch den Bundeswirtschaftsminister zurückgestellt wurde. Seitens der Wirtschaftsförderung wurde Unterstützung angeboten.
- eröffnete vor einigen Wochen den fünften Lehrpfad auf dem RWN-Gelände/ehemalige Torpedoversuchsanstalt gemeinsam mit einer Schulklasse, die mit dem Projekt Zeitlupe dort involviert ist. Zukünftig wird es auch einen „Kunstlehrpfad“ geben. Weitere Informationen folgen.
- merkt an, dass zum Umbau der Treptower Straße Informationen ergingen und man

einen guten Kompromiss gefunden habe. Die Pflasterung des Gehweges der Dümperstraße wird durchgezogen. Die Einfahrt wird durch Poller verengt, um zu verdeutlichen, dass es eine Fußgängerzone ist.

- geht auf einen weiteren Umbau am östlichen Ende der Turmstraße, direkt gegenüber dem Rathaus, ein. Hier wird neu gepflastert, die Gehwegstreifen durchgezogen und somit eine Barrierearmut hergestellt. Die Straßenlaternen rücken von der Mitte nach außen und durch die neuen Blumenbeete sowie durch die neuen Werbesteelen erfolgt eine Aufwertung. Im September zunächst mit den Tiefbauarbeiten begonnen.
- gibt einen Zwischenstand zur Drucksache VI/1060. Bezüglich der Vermeidung von Kunststoffabfällen bei Veranstaltungen wurde gemeinsam mit der DEHOGA, Werbegemeinschaft und dem Veranstaltungszentrum Neubrandenburg (VZN) diskutiert. Die Abstimmung läuft noch.  
Im Beschlusspunkt 2 geht es um ein Mehrwegpfandsystem. Hierzu sollten Mittel von städtischer Seite eingeplant werden, um dies zu befördern und eine Grundausstattung an Bechern für Händler zur Verfügung stellen zu können. Maximal würden Kosten im Haushalt von 13 000 Euro anfallen. Der Beschlusspunkt 3 soll die Stadtverwaltung daran erinnern, auch bei eigenen Beschaffungen darauf zu achten.
- berichtet über die Eröffnung des Welcome-Centers in dieser Woche, welches ein Anlaufpunkt für neue Neubrandenburgerinnen und Neubrandenburger oder Rückkehrer ist. Vorerst ist das Welcome-Center auf zwei Jahre Projektlaufzeit angelegt und soll sich letztendlich selbst tragen.
- benennt die Rückläufe der kriminologischen Umfrage mit 573, welches eine sehr gute Quote für den kurzen Zeitraum darstellt.

Ratsherr Prof. Dr. Oppermann (SPD) bezieht sich auf die Einschränkungen in der Treptower Straße. Er sieht noch eine Regelungslücke bezüglich der Sicherheit in der Fußgängerzone und bittet das Ordnungsamt um rechtliche Prüfung, ob es rechtens ist, dass Fahrzeuge zum Halten, Ausladen und Einladen die Fußgängerzone befahren, in Unabhängigkeit von den vorhandenen Geschäften.

Herr Witt zeigt auf, dass es zunächst einmal um eine Lösungsfindung ging. Diese gilt es noch zu analysieren und zu klären, welche Vorstellungen es weiterhin im Umfeld gibt.

Ratsherr Kowalick (DIE LINKE) hat eine Nachfrage zur vorangegangenen Information zur Rathaussanierung. Da keine Städtebaufördermittel vom Land zur Verfügung stehen, müssen Straßenbaumaßnahmen verschoben werden, um die Mehrkosten der Sanierung abdecken zu können. Daher möchte er wissen welche Straßenbaumaßnahmen verschoben werden müssen und wie die Summe für den Mehraufwand aussieht.

Es handelt sich hier um drei Mio. Euro, die für den Mehraufwand gebraucht werden, so Herr Witt. Betreffen würde das die Sanierung der Poststraße, Neutorstraße und der Pfaffenstraße. Diese Maßnahmen fallen jedoch nicht weg, sondern werden für ein bis zwei Jahre verschoben.

Ratsherr Stegemann (CDU) bezieht sich auf eine Veröffentlichung im Nordkurier, dass Neubrandenburg keine Förderung für das Wohnen erhält. Die beiden großen Wohnungsunternehmen haben sich dafür ausgesprochen, dies nicht befürworten zu können. Er ist der Meinung, dass Neubrandenburg als drittgrößte Stadt im Land durchaus Berücksichtigung finden sollte.

Des Weiteren bezieht er sich auf ein Anschreiben einer Bürgerin zu den

Vandalismusvorfällen am Reitbahnsee. Er appelliert an die Bevölkerung mehr Zivilcourage zu zeigen. Diesbezüglich verweist er noch einmal auf den Antrag der CDU, der Ordnung und Sicherheit insgesamt beinhaltet.

Zum einen haben die Stadt Neubrandenburg und die beiden Wohnungsunternehmen diese Pressemitteilung verfasst, so Herr Witt. Er erläutert das Agieren der Landesregierung und zeigt auf, warum die Stadt Neubrandenburg keine Berücksichtigung bei der Verteilung der Fördermittel fürs Wohnen fand. Mit der Pressemitteilung sollte verdeutlicht werden, dass der Wohnungsbau auch in Neubrandenburg eine zentrale Rolle spielt. Zum zweiten ist er verärgert über den Vandalismus und findet es traurig, dass solche Projekte nicht gewürdigt, sondern mit Füßen getreten werden. Er dankt Ratsherrn Stegemann für das Aufgreifen dieser Thematik.

Ratsherr Schwanke (CDU) findet die Bestrafungen für solche Taten nicht angemessen. Des Weiteren bedankt er sich bei der Verwaltung für das Aufstellen der Poller in der Treptower Straße. Außerdem möchte er wissen, ob es ein Ergebnis auf die Schreiben an die drei Bundes- bzw. Landtagsabgeordneten bezüglich der Grundsteuer gibt.

Es haben alle drei Abgeordneten geantwortet, so Herr Witt.

Ratsherr Richter (DIE LINKE) spricht das Video aus dem Internet an, in dem ein Berliner Rocker-Chef die Behauptung aufstellt „Neubrandenburg gehört mir.“ Nun möchte er wissen, ob dies ernst zu nehmen ist und ob es schon Aktivitäten zur Aufklärung gibt.

Herr Modemann merkt an, dass es bereits Kontakt mit der Kriminalpolizei und dem Staatsschutz gibt. Diese Person ist bekannt und steht unter Beobachtung.

Die CDU-Fraktion hat angezeigt, dass Ratsherr Hans-Jürgen Schwanke sein Mandat als Aufsichtsratsmitglied bei der NEUWOGES zum 1. April 2019 niedergelegt hat, so die Stadtpräsidentin, Ratsfrau Parlow.

## 7 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Zur übergebenen Einladung und der öffentlichen Bekanntmachung gibt es folgende Änderungen:

Die Stadtpräsidentin, Ratsfrau Parlow, bittet jeweils ein Änderungsblatt zu den Drucksachen VI/1149 (TOP 1), VI/1148 (TOP 2), VI/1160 (TOP 5) und VI/1107 (TOP 18) nachzutragen.

Zur Drucksache VI/1125 (TOP 26) liegt als Ergänzung ein Brief von Betroffenen vor sowie zur Drucksache VI/1118 (TOP 41) ein Schreiben mit Ergänzungen vom Oberbürgermeister.

Sie schlägt vor, die Drucksachen VI/1149 und VI/1148 (TOP 1 und 2),

TOP 1	VI/1149 1. und 2. Lesung	3. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Neubrandenburg Einreicher: ZG CDU/FDP
TOP 2	VI/1148	Änderung der Zuständigkeitsordnung der Ausschüsse der Stadtvertretung Neubrandenburg Einreicher: ZG CDU/FDP

VI/1099 und VI/1100 (TOP 12 und 13),

TOP 12 VI/1099 21. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Neubrandenburg, Teilfläche „Carlshöhe Ost“  
hier: Aufstellungsbeschluss  
Einreicher: Oberbürgermeister

TOP 13 VI/1100 Bebauungsplan Nr. 126 „Carlshöhe Ost“  
hier: Aufstellungsbeschluss  
Einreicher: Oberbürgermeister

VI/1123 und VI/1124 (TOP 14 und 15),

TOP 14 VI/1123 17. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Neubrandenburg, Teilfläche „Irisweg“  
hier: Beschluss über die Stellungnahmen (Abwägungsbeschluss)  
Einreicher: Oberbürgermeister

TOP 15 VI/1124 17. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Neubrandenburg, Teilfläche „Irisweg“  
hier: Feststellungsbeschluss  
Einreicher: Oberbürgermeister

VI/1105 und VI/1106 (TOP 16 und 17),

TOP 16 VI/1105 Bebauungsplan Nr. 16.1 „An der Landwehr (Gewerbepark)“, 3. Änderung  
hier: Beschluss über die Stellungnahmen (Abwägungsbeschluss)  
Einreicher: Oberbürgermeister

TOP 17 VI/1106 Bebauungsplan Nr. 16.1 „An der Landwehr (Gewerbepark)“, 3. Änderung  
hier: Satzungsbeschluss  
Einreicher: Oberbürgermeister

VI/1119 und VI/1120 (TOP 22 und 23),

TOP 22 VI/1119 Bebauungsplan Nr. 127 „Areal nördlich des Reitbahnwegs“  
hier: Aufstellungsbeschluss  
Einreicher: Oberbürgermeister

TOP 23 VI/1120 Satzung der Stadt Neubrandenburg über die Veränderungssperre Nr. 22 für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 127 „Areal nördlich des Reitbahnwegs“  
Einreicher: Oberbürgermeister

sowie VI/1126 und VI/1127 (TOP 24 und 25)

TOP 24 VI/1126 22. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Neubrandenburg, Teilfläche „Weit in Hollerbusch“  
hier: Aufstellungsbeschluss  
Einreicher: Oberbürgermeister

TOP 25 VI/1127 Bebauungsplan Nr. 128 „Weitin Hollerbusch“  
hier: Aufstellungsbeschluss  
Einreicher: Oberbürgermeister

in verbundener Aussprache zu behandeln.

Die Stadtpräsidentin, Ratsfrau Parlow, verweist darauf, dass die Herren Benischke und Wendelstorf (NEUWOGES), für Nachfragen zu den nichtöffentlichen Drucksachen VI/1157 (TOP 37) und VI/1159 (TOP 39) zur Verfügung stehen.

Ratsherr Stieber (SPD) beantragt die Drucksachen VI/1121 (TOP 6) und VI/1122 (TOP 7) in verbundener Aussprache zu behandeln.

TOP 6 VI/1121 Informationsvorlage  
Bericht des Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses gemäß § 3 Abs. 3 Kommunalprüfungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern (KPG M-V) an die Stadtvertretung Neubrandenburg über die Erfüllung der Aufgaben der örtlichen Prüfung für das Haushaltsjahr 2018  
Einreicher: Vorsitzender des Rechnungsausschusses

TOP 7 VI/1122 Informationsvorlage  
Bericht der Leiterin des Rechnungsprüfungsamtes gemäß § 3 Abs. 4 Kommunalprüfungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern (KPG M-V) gegenüber dem Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses und der Stadtvertretung Neubrandenburg über die Erfüllung der Aufgaben der örtlichen Prüfung für das Haushaltsjahr 2018  
Einreicher: Leiterin des Rechnungsprüfungsamtes

Abstimmung über die so geänderte Tagesordnung: Die Tagesordnung wird  
mehrheitlich bestätigt.

8 Abhandlung der bestätigten Tagesordnung

Öffentliche Beratungsgegenstände

Die Tagesordnungspunkte 1 und 2 werden in verbundener Aussprache behandelt.

TOP 1 VI/1149 3. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt  
1. und 2. Neubrandenburg  
Lesung Einreicher: ZG CDU/FDP  
1  
Änderungsblatt

Ratsfrau Dr. Kuhk (CDU) erläutert die Vorlagen sowie das Änderungsblatt zur Drucksache VI/1148 und wirbt um Zustimmung.

Namens der Fraktion DIE LINKE stellt Ratsherr Richter (DIE LINKE) einen Änderungsantrag zur Änderung des Ausschussnamens.

Änderungsantrag Nr. 1 Fraktion DIE LINKE:

Im Artikel 1 – „Änderung der Hauptsatzung“ wird in § 8 Abs. 1 im 5. Punkt die Bezeichnung des Ausschusses wie folgt geändert:

#### 5. Ausschuss für Umwelt Ordnung und Sicherheit

Ratsherr Mantseris (B90/Grüne\_Piraten) verstand die bisherigen Ziele der CDU-Fraktion so, dass kein neuer Ausschuss gegründet, der Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss entlastet und eine Förderung bzw. Hervorhebung der Aufgaben von Ordnung und Sicherheit in der Stadt erfolgen soll. Die Fraktion ist der Meinung, dass die Aufgaben der Ordnung und Sicherheit im Wesentlichen zum Kreis gehören und ein entsprechender Ausschuss bereits besteht. Daher stellt sich die Frage, ob ein zusätzlicher Ausschuss gewünscht ist. Weiterhin hieß es, dass der Stadtentwicklungsausschuss entlastet werden sollte, was für die Fraktion B90/Grüne\_Piraten so nicht ersichtlich ist. Daher möchte er wissen, ob es einen Tagesordnungspunkt gegeben hätte, der durch solche Neuorientierung weggefallen wäre.

Ratsherr Albrecht (SPD) bekundet sein Bedauern zur inhaltlichen Darstellung der Drucksache und begründet ausführlich seine Ablehnung zu dieser Vorlage.

Ratsherr Prof. Dr. Northoff (SPD) ist der Meinung, dass Stadtentwicklung und Umwelt zusammengehören. Weiterhin sieht er nicht die Notwendigkeit eines eigenständigen Ordnungsausschusses.

Ratsherr Dr. Kirchhefer findet, dass Sicherheit und Ordnung keine Exklusivthemen der CDU-Fraktion darstellen. Gern hätte die Fraktion B90/Grüne\_Piraten, dass die Thematik weiter gefasst worden wäre und sich nicht nur auf die Kriminalität beschränkt. Auch die Sicherheit im Straßenverkehr sollte Berücksichtigung finden. Er ist der Meinung, dass diese Vorlage dem Ergebnis der Konzepterstellung vorgeht. Hier sollte abgewartet werden, welche Bedarfe sich daraus entwickeln. Für ihn stellen Sicherheit und Ordnung ein Querschnittsthema dar, welches in unterschiedlichen Ausschüssen eine Rolle spielt. Er ist dafür, noch abzuwarten und gegebenenfalls noch einmal zu beraten und dann darüber zu befinden, ob der Ausschuss wirklich gebraucht wird.

Ratsherr Schwanke (CDU) spricht sich in Bezug auf die vorangegangenen Äußerungen für den neuen Ausschuss aus und kann einige Anmerkungen nicht nachvollziehen.

Ratsfrau Dr. Kuhk bezieht sich auf die vorherigen Äußerungen von Ratsherrn Albrecht und verdeutlicht, dass es ein demokratisch legitimer Vorgang ist, wenn sich eine Fraktion einem Thema besonders annimmt, dieses über mehrere Jahre begleitet, am Ende den anderen Fraktionen Monate vorher einen Vorschlag unterbreiten, um Rückmeldung bittet, welche dann nicht erfolgen und den Vorgang in der letzten Stadtvertretersitzung auf den Weg bringt.

Sie macht sich im Namen der CDU-Fraktion den Änderungsantrag Nr. 1 der Fraktion DIE LINKE zu der VI/1149 und den Änderungsantrag Nr. 1 der Fraktion DIE LINKE zu der VI/1148 zu eigen und ist mit der Umbenennung des Ausschusses einverstanden.

Ratsherr Dr. Kirchhefer kann kein Gesamtkonzept erkennen und plädiert für

die Rücknahme der Vorlage.

Ratsherr Gille (SPD) ist mit Hinblick auf die beruflichen Tätigkeiten der Ausschussmitglieder nicht der Meinung, dass das Thema Umwelt vom Stadtentwicklungsausschuss getrennt werden sollte. Vorlagen würden möglicherweise doppelt beraten werden.

Ratsfrau Bittkau (SPD) erschließt sich nicht der Inhalt des Ausschusses.

Ratsfrau Dr. Kuhk verdeutlicht, dass die CDU-Fraktion bei der Beantragung der beiden Drucksachen bleibt.

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mit 22 Dafürstimmen, 11 Gegenstimmen und 2 Stimmenthaltungen beschlossen.

Beschlusnummer: 702/39/19

TOP 2 VI/1148 Änderung der Zuständigkeitsordnung der Ausschüsse der  
1 Stadtvertretung Neubrandenburg  
Änderungsbl Einreicher: ZG CDU/FDP  
att

Die Fraktion DIE LINKE bringt einen Änderungsantrag ein.

Änderungsantrag Nr. 1 der Fraktion DIE LINKE:

Im Beschlusspunkt 1 wird in § 2 „Zuständigkeiten der Ausschüsse“ im Absatz (6) die Bezeichnung des Ausschusses wie folgt geändert:

6. Ausschuss für Umwelt, Ordnung und Sicherheit

Die CDU-Fraktion macht sich den Änderungsantrag Nr. 1 der Fraktion DIE LINKE zu eigen und ist mit der Umbenennung des Ausschusses einverstanden.

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.

Beschlusnummer: 703/39/19

TOP 3 VI/1155 Ertüchtigung der Bahnstrecke Neustrelitz - Stralsund  
Einreicher: Fraktion B90/DIE GRÜNEN und Piraten

Ratsherr Dr. Kirchhefer (B90/Grüne\_Piraten) spricht sich für die Stärkung des Bahnverkehrs aus. Die Fraktion B90/Grüne\_Piraten wünscht sich den Einsatz der Stadt Neubrandenburg eine kürzere Reisezeit zwischen der Bahnstrecke Neustrelitz-Stralsund. Daher bittet er um Unterstützung dieser Vorlage.

Ratsfrau Schult (DIE LINKE) spricht sich auch für eine Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs aus. Auch hier möchte sie das Ansinnen unterstützen, dass sich die Stadt, hier der Oberbürgermeister, über die eigene kommunale Zuständigkeit hinaus mehr als bisher dafür stark macht. Allerdings kann sie die Hervorhebung der Bahnstecke Stralsund-Neubrandenburg nicht nachvollziehen.

Der „Schlüssel“ für Herrn Witt, Oberbürgermeister, liegt in der Anbindung des Oberzentrums Neubrandenburg an den ländlichen Raum, welche deutlich

verbessert werden soll. Des Weiteren geht er auf die Zuständigkeit für den öffentlichen Personennahverkehr ein, die beim Landkreis liegt. Dennoch zeigt er auf, dass die Stadt Neubrandenburg über einen guten öffentlichen Personennahverkehr verfügt.

Auch Ratsherr Schwanke (CDU) stimmt den Ausführungen von Rats Herrn Dr. Kirchhefer zu.

Rats Herr Mantseris (B90/Grüne\_Piraten) ist erfreut über die positive Rückmeldung der CDU-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE. Bezüglich dieser Vorlage gibt es einen konkreten Gedanken der dahinter steckt. Es müsste der Begegnungsverkehr vermindert werden, um die Beschleunigung auf der Strecke Neubrandenburg nach Stralsund deutlich zu erhöhen.

Rats Herr Prof. Dr. Oppermann (SPD) teilt die Auffassung von Rats Frau Schult.

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.

Beschlusnummer: 704/39/19

TOP 4 VI/1156 Entwicklung einer Partizipationsrichtlinie  
Einreicher: Fraktion B90/DIE GRÜNEN und Piraten

Rats Herr Mantseris (B90/Grüne\_Piraten) erläutert die Vorlage.

Herr Witt, Oberbürgermeister, kann einen konkreten Ablauf nicht der Begründung entnehmen. Anhand eines Beispiels erläutert er, was bereits in der Stadt Neubrandenburg geschafft wurde. Zusammenfassend sagt er, dass die Idee gut ist, jedoch ist fraglich, ob es dafür ein separates Konzept braucht.

Rats Herr Albrecht (SPD) stellt sich die Frage, wie das bürgerliche Engagement in eine Richtlinie gepackt werden könnte. Kann eine Richtlinie, die Möglichkeiten und Grenzen aufzeigt, dann bürgerschaftliches Engagement erfahren oder wird sie zum bürokratischen Monster?

Rats Herr Dr. Kirchhefer (B90/Grüne\_Piraten) stellt klar, dass es hier nicht um eine zusätzliche Bürokratie geht, sondern es hier um die Organisation bestimmter Prozesse. Daher wirbt er um einen Diskussionsprozess für die Erstellung einer Richtlinie.

Rats Frau Dr. Kuhk (CDU) findet auch, dass die Bürgerbeteiligung einen wichtigen Teil darstellt. Jedoch denkt sie, dass es keiner Partizipationsrichtlinie bedarf.

Rats Herr Prof. Dr. Oppermann (SPD) findet, dass die Vorlage anders dargestellt werden müsste und spricht sich nicht unbedingt für die Umsetzung dieser Richtlinie aus.

Rats Herr Messner (CDU) hinterfragt die Ernsthaftigkeit dieser Vorlage.

Rats Frau Dr. Kuhk nimmt noch einmal Bezug auf die Partizipationsvorlage und erläutert, warum das Beispiel aus dem Kreistag für diese Situation nicht zutreffend ist.

Rats Herr Dr. Kirchhefer (B90/Grüne\_Piraten) denkt, dass es sich hier um einen Prozess der Stadt handelt, der auf den Weg gebracht werden soll.

Ratsherr Jennerjahn (SPD) beantragt gemäß der Geschäftsordnung das Ende der Aussprache.

Die Stadtpräsidentin, Ratsfrau Parlow, stellt den Antrag zum Ende der Redebeiträge von Ratsherrn Gille (SPD) und Ratsherrn Prof. Dr. Northoff (SPD) und bittet um Zustimmung. Der Antrag zur Geschäftsordnung wurde mehrheitlich angenommen.

Ratsherr Gille (SPD) merkt an, dass unter Betrachtung der bisher gebrauchten Zeit die Sitzungslänge eine Dauer von 14 Stunden erreichen wird. Daher bittet er um kurze Diskussionen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten.

Ratsherr Prof. Dr. Northoff (SPD) findet den Antrag prinzipiell richtig. Demokratie sollte basisdemokratisch sein, um langwierige Abstimmungsdebatten zu vermeiden.

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mit 12 Dafürstimmen, 14 Gegenstimmen und mehreren Stimmenthaltungen abgelehnt.

Beschlusnummer: 705/39/19

TOP 5

VI/1160            Wirtschaftliche Unternehmen der Stadt Neubrandenburg;  
1                    hier: Stärkung der Tätigkeit kommunaler Aufsichtsräte  
Änderungsbl    Einreicher:    Fraktion DIE LINKE  
att

Ratsherr Kowalick (DIE LINKE) bezieht sich kurz auf die nach seiner Meinung stattgefundenen Wahlkampfreden zu den bisherigen Vorlagen und auf den Umfang der Tagesordnung. Er erläutert die Vorlage und das eingebrachte Änderungsblatt.

Ratsherr Schwanke (CDU) hält das Aufstocken der Aufsichtsräte für nicht tragfähig.

Ratsherr Stieber (SPD) merkt an, dass die Ehrenamtler bereits an die zeitliche und energetische Belastungsgrenze kommen und somit keine weiteren Ausschüsse bedient werden können. Somit lehnt die SPD-Fraktion diese Vorlage ab.

Ratsherr Prof. Dr. Oppermann (SPD) erläutert, dass auch ohne eine Erhöhung der Mitglieder eine Effizienz nachweisbar ist.

Ratsherr Dr. Kirchhefer (B90/Grüne\_Piraten) unterstützt im Namen der Fraktion B90/Grüne-Piraten die Stärkung der Aufsichtsräte in kommunalen Unternehmen.

Ratsfrau Dr. Kuhk (CDU) merkt an, dass eine Ausweitung von Aufsichtsräten nicht gesehen wird. Somit lehnt auch sie diese Drucksache ab.

Ratsherr Mantseris (B90/Grüne\_Piraten) zeigt auf, dass es schwierig sei sich zu einzelnen Themen wirklich detailliert zu besprechen. Er könnte sich vorstellen, dass mit einem Unterausschuss einzelne Fragen konkreter beantwortet werden könnten.

Herr Witt, Oberbürgermeister, bezieht sich auf die Anmerkung von Ratsherrn

Kowalick und erläutert das Zustandekommen dieser langen Tagesordnung.

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich abgelehnt.

Beschlusnummer: 706/39/19

Die Stadtpräsidentin, Ratsfrau Parlow, übergibt die Sitzungsleitung an Ratsfrau Gartz, stellvertretende Stadtpräsidentin.

Die Stadtpräsidentin blickt zurück auf die letzten Jahre seit der konstituierenden Sitzung. Zudem verzeichnet sie bis dato 11 Ratsfrauen und 30 Ratsherren, die gemeinsam mit dem Oberbürgermeister die Geschicke der Stadt Neubrandenburg lenken. Unterstützung erhielten sie von 10 sachkundigen Einwohnerinnen und 18 sachkundigen Einwohnern. Im Namen des gesamten Präsidiums dankt sie allen nebst Familien und Angehörigen für das erbrachte Engagement.

Sie merkt an, dass Ratsherr Gille (SPD) eine umfangreiche Statistik zu den Sitzungen erarbeitet hat und bedankt sich ganz herzlich dafür. Das Personal im Büro der Stadtvertretung wird nach der heutigen Sitzung die aktuellen Ergebnisse einarbeiten.

*Die Präsentation ist als Anlage zur Sitzung im Ratsinformationssystem einsehbar.*

Weiterhin erklärt sie, dass sie am 26. Mai 2019 nicht mehr für die Stadtvertretung Neubrandenburg kandidieren wird.

So werden auch einige andere Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter nicht mehr kandidieren, wie:

- Monika Bittkau
- Frank Münzberger
- Anja Schewe
- Peter Lundershausen
- Robert Schuldt
- Lothar Schmidt und
- Ralf Burmeister.

Sie dankt ganz herzlich für das jahrelange Engagement in der Stadtvertretung Neubrandenburg und wünscht alles Gute für die Zukunft.

Für die gute Unterstützung möchte sich das Präsidium, auch im Namen der gesamten Stadtvertretung, ganz besonders bedanken bei:

- dem Personal des Büros der Stadtvertretung
- dem Personal von der Technik
- der Leiterin des Rechnungsprüfungsamtes
- dem Abteilungsleiter für Recht und Vergaben
- dem Oberbürgermeister sowie seinen Stellvertretern.

Weiterhin gilt der besondere Dank der Belegschaft der städtischen Unternehmen sowie allen Aktiven von Vereinen, Verbänden und Einrichtungen.

Bevor sie das Wort an den Oberbürgermeister, Herrn Witt übergibt, lädt sie gemeinsam mit ihm die Ratsfrauen und Ratsherren, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung und die Geschäftsführer der städtischen Unternehmen zu einem kleinen Umtrunk ein.

Herr Witt zeigt rückblickend seinen Einstieg seiner politischen Zusammenarbeit mit der Stadtvertretung auf. Zudem sind die Zeiten von 2014 bis 2019 sehr gute und erfolgreiche Jahre für die Stadt Neubrandenburg gewesen. Des Weiteren spricht er seinen Respekt und Dank gegenüber den Stadtvertreterinnen und Stadtvertretern für den Anteil an der positiven Entwicklung in der Stadt Neubrandenburg aus.

Eines der wichtigsten Beschlüsse war der Beschluss des Haushaltssicherungskonzeptes. Gleichzeitig ist es gelungen viele verschiedene Bauprojekte zu realisieren. Er findet es lobenswert, dass es gemeinsam eine Vision für eine wachsende Stadt gibt und dieses Signal sollte in das Land Mecklenburg-Vorpommern übertragen werden.

Nun wünscht er allen Stadtvertreterinnen und Stadtvertretern alles Gute und dankt für die ehrenamtliche Tätigkeit. Ein besonderer Dank ergeht an die Stadtpräsidentin und er übergibt Ratsfrau Parlow eine Adorantin als Schutzengel für ihr Heim.

Im Namen des Städte- und Gemeindetages werden verdiente und langjährige Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter ausgezeichnet. Herr Witt verliest die Namen der zu Ehrenden, bittet diese nach vorne und überreicht Ehrennadel und Blumen.

Geehrte:

- Ratsherr Günter Jeschke
- sachkundiger Einwohner Ralf Kohl
- Ratsherr Wilfried Luttkus
- Ratsherr Hans-Jürgen Schwanke
- Stadtpräsidentin Irina Parlow
- Ratsherr Dieter Kowalick

Nach der Ehrung erfolgt eine Auszeit von 17:50 Uhr bis 18:10 Uhr für den angekündigten Umtrunk.

Die Tagesordnungspunkte 6 und 7 werden in verbundener Aussprache behandelt.

TOP 6	VI/1121	<p>Informationsvorlage          Bericht des Vorsitzenden des          Rechnungsprüfungsausschusses gemäß § 3 Abs. 3          Kommunalprüfungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern (KPG M-V)          an die Stadtvertretung Neubrandenburg über die Erfüllung          der Aufgaben der örtlichen Prüfung für das Haushaltsjahr 2018          Einreicher: Vorsitzender des          Rechnungsprüfungsausschusses</p>
-------	---------	---

Ratsherr Stieber (SPD) berichtet über die Arbeit des gesamten Jahres 2018, in dem der Rechnungsprüfungsausschuss das erste Mal auf der Grundlage eines Arbeitsplanes gearbeitet hat. Dabei lief auch die Zusammenarbeit mit dem Rechnungsprüfungsamt planmäßig. Er bedankt sich diesbezüglich beim Rechnungsprüfungsamt unter der Leitung von Frau Kühn, Leiterin Rechnungsprüfungsamt, sowohl für das letzte Jahr, als auch für die gesamten fünf Jahre als Vorsitzender des Ausschusses. Weiterhin dankt er dem Ausschuss, den Stellvertretern Ratsfrau Doris Gartz und Ratsherrn Uwe Richter, den Mitgliedern Ratsfrau Beate Schult, Frau Jutta Wegner, Herrn Bodo Frenzel, Herrn Wolfgang Schneider, Ratsherrn Günter Jeschke sowie Herrn Helmut Wegner und den stellvertretenden Mitgliedern Ratsfrau Renate Klopsch, Ratsfrau Heidi Feucht, Frau Anke Strunk, Ratsfrau Monika Bittkau, Ratsherrn Jan Kuhnert, Ratsherrn Lothar Schmidt, Ratsherrn Marko Messner, Ratsherrn Ralf Burmeister und Ratsherrn Robert Schuldt für die gute

Zusammenarbeit. Ein Dank ergeht auch an den Oberbürgermeister, Herrn Witt und die Verwaltung.

Die Mitglieder der Stadtvertreter nehmen die Informationsvorlage zur Kenntnis.

- TOP 7 VI/1122 Informationsvorlage  
Bericht der Leiterin des Rechnungsprüfungsamtes gemäß § 3 Abs. 4 Kommunalprüfungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern (KPG M-V) gegenüber dem Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses und der Stadtvertretung Neubrandenburg über die Erfüllung der Aufgaben der örtlichen Prüfung für das Haushaltsjahr 2018  
Einreicher: Leiterin des Rechnungsprüfungsamtes

Frau Kühn, Leiterin Rechnungsprüfungsamt, informiert aus dem Bericht des Rechnungsprüfungsamtes aus dem Jahr 2018. Weiterhin zeigt sie auf, dass die Ziele des Jahresprüfungsplanes 2018 nicht erreicht wurden. Die Priorität liegt weiterhin bei den Jahresabschlüssen, die Voraussetzung für die Zahlung der Konsolidierungsbeiträge sind. Derweilen liegt auch der Jahresabschluss 2018 mit den Jahresabschlüssen der städtebaulichen Sondervermögen vor. Daher ergeht ein besonderer Dank dem Finanzservice. Sobald die Überprüfung der Jahresabschlüsse erfolgt ist, haben die Prüfungsberichte Aussagekraft für die Kommunalpolitik. Dennoch steht die Nachholung der Gesamtabchlüsse noch vor dem Finanzservice und dem Rechnungsprüfungsamt, welche auch mit einer hohen Arbeitsbelastung einhergehen wird. Jedoch gibt es Bewegungen in der modernen Rechnungsprüfung, welche vorsieht, mehr Beratungsleistungen und Maßnahmen in der Verwaltung zu begleiten. Ziel ist es, die Prüfungsergebnisse in einer guten Qualität darzubieten. Sie bedankt sich für die gute Zusammenarbeit und wünscht alles Gute für die Zukunft.

Auch die Stadtpräsidentin, Ratsfrau Parlow, dankt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Rechnungsprüfungsamtes für die verantwortungsvolle Aufgabe.

Ratsherr Mantseris (B90/Grüne\_Piraten) möchte wissen, ob die Stellenausstattung für das Rechnungsprüfungsamt erhöht werden soll, worauf Herr Witt, Oberbürgermeister, antwortet, dass dies nicht geplant ist.

Die Mitglieder der Stadtvertreter nehmen die Informationsvorlage zur Kenntnis.

- TOP 8 VI/1142 Richtlinie über die Nutzung von Fahrzeugen und Fahrrädern  
1 für Dienstreisen und Dienstgänge  
Änderungsblatt Einreicher: Oberbürgermeister

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.

Beschlusnummer: 707/39/19

- TOP 9 VI/1141 24. Beteiligungsbericht der Stadt Neubrandenburg für das Jahr 2017  
Einreicher: Oberbürgermeister

Die Mitglieder der Stadtvertreter nehmen den Beteiligungsbericht zur Kenntnis.

- TOP 10 VI/1136 Integrierte Sportentwicklungsplanung für die Stadt Neubrandenburg - ISEP  
Einreicher: Oberbürgermeister

Herr Witt, Oberbürgermeister, bedankt sich ganz herzlich bei allen Beteiligten.

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.

Beschlusnummer: 708/39/19

- TOP 11 VI/1139 Neufassung der Vergabeordnung der Stadt Neubrandenburg  
1 Einreicher: Oberbürgermeister  
Änderungsblatt

Ratsherr Kowalick (DIE LINKE) bringt einen Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE ein.

Änderungsantrag Nr. 1 Fraktion DIE LINKE:

Die Formulierung in § 5 (1) wird nicht übernommen. Die alte Formulierung bleibt bestehen und lautet somit:

Bei jeder Entscheidung über eine Vergabe sind die allgemeinen Grundsätze des Haushalts- und Wettbewerbsrechts, das Gebot der Wirtschaftlichkeit und die Interessen der Stadt zu beachten.

Aufträge dürfen nur an Unternehmen vergeben werden, die sich bei Angebotsabgabe verpflichten, bei der Ausführung der Aufträge die gesetzlichen Regelungen jeweiligen Tarifverträge der Branchen anzuwenden.

Ratsfrau Dr. Kuhk (CDU) bittet im Namen der Fraktion um die Stellungnahme der Verwaltung, ob sich mit dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in der Praxis etwas verändert und ob dies Auswirkungen auf die Kostenstruktur hat.

Es ist unschädlich die Vergabeordnung in diesem Punkt in der bisherigen Fassung zu belassen, so Herr Meyer zu Schlochtern, Abteilungsleiter Recht und Vergaben.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 1 Fraktion DIE LINKE:  
Der Änderungsantrag wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlussfassung: Die Vorlage wird in der geänderten Form mehrheitlich beschlossen.

Beschlusnummer: 709/39/19

Die Tagesordnungspunkte 12 und 13 werden in verbundener Aussprache behandelt.

- TOP 12 VI/1099 21. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Neubrandenburg, Teilfläche „Carlshöhe Ost“  
hier: Aufstellungsbeschluss  
Einreicher: Oberbürgermeister

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.

Beschlusnummer: 710/39/19

TOP 13 VI/1100 Bebauungsplan Nr. 126 „Carlshöhe Ost“  
hier: Aufstellungsbeschluss  
Einreicher: Oberbürgermeister

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.

Beschlusnummer: 711/39/19

Die Tagesordnungspunkte 14 und 15 werden in verbundener Aussprache behandelt.

TOP 14 VI/1123 17. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt  
Neubrandenburg, Teilfläche „Irisweg“  
hier: Beschluss über die Stellungnahmen  
(Abwägungsbeschluss)  
Einreicher: Oberbürgermeister

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.

Beschlusnummer: 712/39/19

TOP 15 VI/1124 17. Änderung des Flächennutzungsplanes Teilfläche „Irisweg“  
hier: Feststellungsbeschluss  
Einreicher: Oberbürgermeister

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.

Beschlusnummer: 713/39/19

Die Tagesordnungspunkte 16 und 17 werden in verbundener Aussprache behandelt.

TOP 16 VI/1105 Bebauungsplan Nr. 16.1 „An der Landwehr (Gewerbepark)“, 3.  
Änderung  
hier: Beschluss über die Stellungnahmen  
(Abwägungsbeschluss)  
Einreicher: Oberbürgermeister

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.

Beschlusnummer: 714/39/19

TOP 17 VI/1106 Bebauungsplan Nr. 16.1 „An der Landwehr (Gewerbepark)“, 3.  
Änderung  
hier: Satzungsbeschluss  
Einreicher: Oberbürgermeister

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mit 32 Dafürstimmen und 2  
Stimmenthaltungen beschlossen.

Beschlusnummer: 715/39/19

- TOP 18 VI/1107 Einfacher Bebauungsplan Nr. 72 „Anbindung Johannesstraße -  
1 Demminer Straße“  
Änderungsbl hier: Entwurfs- und Auslegungsbeschluss  
att Einreicher: Oberbürgermeister

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.

Beschlusnummer: 716/39/19

- TOP 19 VI/1108 Bebauungsplan Nr. 96 „An den Carlshöher Linden“  
hier: Entwurfs- und Auslegungsbeschluss  
Einreicher: Oberbürgermeister

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.

Beschlusnummer: 717/39/19

- TOP 20 VI/1110 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 43 „Erweiterung  
Supermarkt Salvador-Allende-Straße 15“  
hier: Beschluss über die Stellungnahmen  
(Abwägungsbeschluss)  
Einreicher: Oberbürgermeister

Ratsfrau Scheunemann (B90/Grüne\_Piraten) spricht sich im Namen der Fraktion B90/Grüne\_Piraten gegen diese Vorlage aus, da aufgrund der Erweiterung des Supermarktes ein höherwertiges Biotop vernichtet wird. Auch die gesetzlichen Bestimmungen für die Nachpflanzung von Bäumen entspricht nicht den Vorstellungen der Fraktion B90/Grüne\_Piraten.

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.

Beschlusnummer: 718/39/19

- TOP 21 VI/1111 Bebauungsplan Nr. 123 „Erich-Zastrow-Straße/Max-Adrion-  
Straße“  
hier: 2. Entwurfs- und Auslegungsbeschluss  
Einreicher: Oberbürgermeister

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.

Beschlusnummer: 719/39/19

Die Tagesordnungspunkte 22 und 23 werden in verbundener Aussprache behandelt.

- TOP 22 VI/1119 Bebauungsplan Nr. 127 „Areal nördlich des Reitbahnwegs“  
hier: Aufstellungsbeschluss  
Einreicher: Oberbürgermeister

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.

Beschlusnummer: 720/39/19

- TOP 23 VI/1120 Satzung der Stadt Neubrandenburg über die  
Veränderungssperre Nr. 22 für den Geltungsbereich des  
Bebauungsplanes Nr. 127 „Areal nördlich des Reitbahnwegs“  
Einreicher: Oberbürgermeister

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mit 31 Dafürstimmen und 3 Stimmenthaltungen beschlossen.

Beschlusnummer: 721/39/19

Die Tagesordnungspunkte 24 und 25 werden in verbundener Aussprache behandelt.

TOP 24 VI/1126 22. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Neubrandenburg, Teilfläche „Weit in Hollerbusch“  
hier: Aufstellungsbeschluss  
Einreicher: Oberbürgermeister

Ratsherr Jennerjahn (SPD) begrüßt im Namen der SPD-Fraktion, dass die Verwaltung den Anstoß aufgenommen und die Standortsuche für ein neues Wohngebiet vorgenommen hat. Jedoch werden Probleme in den Einrichtungen der öffentlichen Belange (Schule, Kindertagesstätten, Gesundheitsvorsorge) gesehen. Folglich enthält sich die SPD-Fraktion.

Herr Witt, Oberbürgermeister, kann Aspekte der Argumentation von Rats Herrn Jennerjahn nachvollziehen. Des Weiteren wird im Herbst die Perspektive für die drei genannten Schulen vorgestellt, um dem Kapazitätsproblem im schulischen Bereich begegnen zu können.

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.

Beschlusnummer: 722/39/19

TOP 25 VI/1127 Bebauungsplan Nr. 128 „Weit in Hollerbusch“  
hier: Aufstellungsbeschluss  
Einreicher: Oberbürgermeister

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.

Beschlusnummer: 723/39/19

TOP 26 VI/1125 Antrag auf Einleitung eines Verfahrens zur Aufstellung eines  
+ Bebauungsplanes für eine Wohnbebauung an der Südstraße  
Ergänzungs- hier: Prüfung und Zustimmung zum Antrag  
schreiben Einreicher: Oberbürgermeister

Rats Herr Messner (CDU) begrüßt Herrn Großmüller (Investor) unter den Gästen. Weiterhin spricht er sich im Namen der CDU-Fraktion für die Vorlage aus. Bezogen auf das Ergänzungsschreiben wurde im Verlaufe eines parallelen Treffens während der Sitzung zwischen dem Investor und den anwesenden Kleingärtnern ein klärendes Gespräch geführt. Somit könnte nach Befürwortung im Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss für das Vorhaben auch die Zustimmung durch die Stadtvertretung erfolgen.

Rats Herr Dr. Kirchhefer (B90/Grüne\_Piraten) sieht in der Vorlage mehr Gegenargumente als Zustimmungen und bittet die Verwaltung um Stellungnahme.

Herr Witt, Oberbürgermeister, bezieht sich auf die im Vorfeld erfolgte mediale Auseinandersetzung. Die Verwaltungsmeinung ist in der Vorlage dargelegt und die Stadtvertretung muss nunmehr darüber befinden.

Ratsfrau Dr. Kuhk (CDU) sieht in dem positiven Votum aus dem Fachausschuss eine Unbedenklichkeit für eine Entscheidung durch die Stadtvertretung.

Ratsherr Kowalick (DIE LINKE) sieht, in Erwiderung zu Ratsfrau Dr. Kuhk, in einem Ausschussvotum auf Grund der Terminabfolge bei dem Beratungsverlauf von Drucksachen kein klares Votum einer Fraktion.

Ratsherr Prof. Dr. Northoff (SPD) respektiert hier, trotz aller Bedenken aus der Vorlage, das Engagement des Investors, an dieser Stelle auf privatem Grund etwas zu errichten und stimmt dieser Vorlage zu.

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.

Beschlusnummer: 724/39/19

TOP 27 VI/1131 Kommunalverfassungsrechtliche Bezeichnung zur Ergänzung des Gemeindefamens  
Einreicher: Oberbürgermeister

Ratsherr Dr. Kirchhefer (B90/Grüne\_Piraten) sieht das durchgeführte Verfahren als unglücklich an. Für die Zukunft wünscht er sich ein umfassenderes Verfahren, wo alle Möglichkeiten einer Abstimmung enthalten sind.

Ratsherr Fuhrmann (DIE LINKE) fragt nach der Änderung des Corporate Design in Anlehnung an die Variante von Prof. Kummert, wo man die vier Tore der Stadt erkennt.

Herr Witt, Oberbürgermeister, erläutert den begangenen Verfahrensweg. Der wurde durch ihn als Anregung in der Stadtvertretung begonnen, wobei der Nordkurier sofort eine Umfrage startete. Wenn auch das Beteiligungsverfahren nicht so professionell war, war das Votum der Beteiligten doch eindeutig. Bezüglich des weiteren Verfahrens würde bei der positiven Entscheidung der Werbeslogan „Stadt der vier Tore am Tollensesee“ nicht mehr zutreffend sein. Es wird dann die Überarbeitung des Leitbildes in einem Prozess, an dem alle beteiligt sind, erfolgen. Das würde im Ergebnis zu einem neuen Marketingkonzept führen und so ein entsprechendes Design gefunden werden.

Ratsherr Mantseris (B90/Grüne\_Piraten) verdeutlicht seine ablehnende Haltung zu dem Verfahren mit dem Leitbild und dem Zusatznahmen. Er sieht darin eine zu enge Bindung bei der Findung von Werbeslogans.

Deutlich merkt Herr Witt noch einmal an, dass der Zusatzname lediglich bei der Vermarktung der Stadt Neubrandenburg hilfreich sein soll. Er muss nicht immer mit genannt werden. Somit ist man bei der Findung des Werbeslogans weniger eingeschränkt, weil nicht mehr auf den mittelalterlichen Kern der Stadt Neubrandenburg hingewiesen werden muss.

Nach gestellten Antrag zur Geschäftsordnung durch Ratsherrn Schwanke (CDU) auf Zählung der Gegenstimmen bittet die Stadtpräsidentin, Ratsfrau Parlow, um Anzeige der Gegenstimmen und stellt eine deutliche Mehrheit an Dafürstimmen fest.

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.

Beschlusnummer: 725/39/19

TOP 28 VI/1135 Sanierungsgebiet „Altstadt“ Neubrandenburg  
Einsatz von Städtebaufördermitteln für archäologische  
Grabungen im Quartier Neutorstraße 21  
Einreicher: Oberbürgermeister

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.

Beschlusnummer: 726/39/19

TOP 29 VI/1138 Städtebauliche Sanierungsmaßnahme „Altstadt“  
Einsatz von Städtebaufördermitteln für die „Energetische  
Sanierung des Rathauses“ in Neubrandenburg  
hier: Aktualisierung der Finanzierung  
Einreicher: Oberbürgermeister

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.

Beschlusnummer: 727/39/19

TOP 30 VI/1113 Würdigung der friedlichen Revolution des Jahres 1989  
1 Einreicher: Oberbürgermeister  
Änderungsblatt

Ratsfrau Dr. Kuhk (CDU) möchte im Namen der CDU-Fraktion aus Anlass des 30. Jahrestages der friedlichen Revolution des Jahres 1989 in Neubrandenburg gedenken. Sie bezieht sich auf den ursprünglichen Vorschlag der Umbenennung der Brücke in der Demminer Straße. Die CDU-Fraktion befürwortet die Schaffung eines Ortes der Erinnerung an die Ereignisse von 1989. Jedoch halten die Mitglieder die Benennung der Brücke für nicht ganz glücklich. Somit bringt Ratsfrau Dr. Kuhk einen Änderungsantrag der CDU-Fraktion ein.

Änderungsantrag Nr. 1 CDU-Fraktion:

Bezeichnung des Gegenstandes neu:

Benennung des Rathausvorplatzes aus Anlass des 30. Jahrestages der friedlichen Revolution/Mauerfall 09.11.1989

Beschlussvorschlag neu:

1. Der Rathausvorplatz wird anlässlich der friedlichen Revolution vor 30 Jahren in „Platz der friedlichen Revolution von 1989“ benannt.

2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Umbenennung des Rathausvorplatzes unter Berücksichtigung der rechtlichen Anforderungen und der Belange betroffener Anlieger vorzunehmen.

Des Weiteren erhält die Drucksache samt Änderungsantrag die Zustimmung der CDU-Fraktion, welche auch auf die Befürwortung der anderen Fraktionen hofft.

Ratsherr Mantseris (B90/Grüne\_Piraten) kann dem Änderungsantrag nicht zustimmen, jedoch der geänderten Vorlage der Verwaltung.

Ratsherr Stieber (SPD) fragt nach der Abstimmungsreihenfolge der Anträge und welcher der weitest gehende Antrag ist.

Die Stadtpräsidentin, Ratsfrau Parlow, verdeutlicht, dass es ein Änderungsblatt der Verwaltung mit geändertem Gegenstand und Beschlussvorschlag gibt und ein Änderungsantrag der CDU-Fraktion.

Ratsherr Stieber beantragt eine Auszeit von zwei Minuten nach der Debatte.

Ratsherr Schmidt (CDU) spricht sich für diesen Platz aus und bittet um Zustimmung des Änderungsantrages der CDU-Fraktion.

Ratsherr Albrecht (SPD) bezieht sich zunächst auf die Aussagen von Ratsherrn Messner und Ratsherrn Schmidt. Daher ist es wichtig, vorab miteinander zu kommunizieren. Diesbezüglich ist er zum gegenwärtigen Zeitpunkt gegen eine Festlegung des genannten Platzes. Er plädiert dafür in Ruhe über alles zu reden und erst dann eine Entscheidung zu treffen.

Ratsherr Prof. Dr. Oppermann (SPD) erklärt, dass er sich der Abstimmung enthält. Weiterhin dankt er Ratsherrn Albrecht für die Einordnung der Vorlage der Verwaltung.

Ratsherr Stieber bittet Herrn Meyer zu Schlochtern, Abteilungsleiter Recht und Vergaben, um Auskunft darüber ob und wie es rechtlich sowie formal möglich ist, den Platz umzubenennen.

Herr Meyer zu Schlochtern, erläutert zunächst die Vorgehensweise zur Abstimmung dieser Vorlage. Demzufolge wird zuerst über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion (Rathausvorplatz) abgestimmt und dann über den Ausgangsantrag.

In Bezug auf die förmliche oder unförmliche Platzbenennung zeigt er auf, dass es diesbezüglich ein Schriftstück gibt, welches den Sachverhalt eindeutig darstellt.

Herr Witt, Oberbürgermeister, zeigt noch einmal den Werdegang bezüglich des Inhaltes der Vorlage auf. Weiterhin erinnert er daran, dass sich die Stadt Neubrandenburg für die Veranstaltung bei der Bundesstiftung Aufarbeitung um finanzielle Mittel beworben hat. Falls am Rathausvorplatz oder an einem anderen Ort ein Schild angebracht werden soll, würde die Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern 1989,00 Euro zur Verfügung stellen. Um diese Mittel würde sich die Stadt Neubrandenburg dann auch bewerben.

Ratsherr Prof. Dr. Northoff (SPD) erläutert, dass ihm die Würdigung der friedlichen Revolution von 1989 wichtig ist. Jedoch enthält er sich der Abstimmung.

Es erfolgt eine Auszeit von 19:40 Uhr bis 19:42 Uhr.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 1 der CDU-Fraktion:  
Der Änderungsantrag wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlussfassung: Die Vorlage wird in der geänderten Form mehrheitlich

beschlossen.

Beschlusnummer: 728/39/19

TOP 31 VI/1152 Informationsvorlage  
Jahresbericht 2018 der Berufsfeuerwehr Neubrandenburg  
Einreicher: Oberbürgermeister

Herr Bühring, Abteilungsleiter Brandschutz und Rettungsdienst, geht auf den Jahresbericht der Berufsfeuerwehr Neubrandenburg ein, dankt den Stadtvertreterinnen und Stadtvertretern und wünscht allen für die Zukunft alles Gute.

Die Stadtpräsidentin, Ratsfrau Parlow, dankt im Namen der Stadtvertretung Herrn Bühring und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die stets konstruktive Zusammenarbeit.

Die Informationsvorlage wird durch die Mitglieder der Stadtvertretung zur Kenntnis genommen.

Wegen notwendiger Beratungsabfolge folgt ein nichtöffentlicher Teil und im Anschluss wird der öffentliche Teil mit dem Tagesordnungspunkt 10 Wiederherstellung der Öffentlichkeit erneut aufgenommen.

TOP 42 VI/1117 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 43 „Erweiterung  
Supermarkt Salvador-Allende-Straße 15“  
hier: Satzungsbeschluss  
Einreicher: Oberbürgermeister

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mit 28 Dafürstimmen, 3 Gegenstimmen und 3 Stimmenthaltungen beschlossen.

Beschlusnummer: 738/39/19

11 Schließung der Sitzung

Die Stadtpräsidentin, Ratsfrau Parlow, dankt allen Anwesenden für die vertrauensvolle Zusammenarbeit und schließt um 20:20 Uhr die Sitzung.

Irina Parlow  
Stadtpräsidentin

Dana Görschner  
Protokollantin